

Gewerkschaft der Polizei

top@ktuell

landesbezirk@gdpbayern.de

eMail-News 16/2003

Jetzt werden die Zusammenhänge klar!

Beamtenbund spielte den Steigbügelhalter für die Politik!

Der Innenausschuss des Deutschen Bundestags und der Innenausschuss des Bundesrats verständigten sich auf folgende Beschlussempfehlung, die in die Bundesratssitzung am 14.02.03 eingebracht werden soll:

1.

Der Antrag des Landes Berlin zu Änderung dienstrechtlicher Vorschriften soll nicht eingebracht werden!

2.

Beide Ausschüsse empfehlen ferner, die nachfolgende EntschlieÙung zu fassen:

Der Bundesrat greift ein **vom Deutschen Beamtenbund vorgeschlagenes Konzept zur Streichung des Urlaubsgeldes und zum Einbau der reduzierten Jahres-Sonderzuwendung in das Monatsgehalt** der Beamten auf.

Damit können sich die öffentlichen Haushalte je nach Einbauquote kurz- bis mittelfristig entlasten. Die Besoldungs- und Versorgungsempfänger, die hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, werden dafür langfristig entschädigt....!

Wegen des inneren Zusammenhangs mit dem anstehenden Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge 2003/2004 böte es sich an, beide Maßnahmen im Kontext miteinander in einem Gesetzesvorhaben auf den Weg zu bringen. Hinsichtlich der Übernahme des Tarifiergebnisses auf die Anpassung von Besoldung und Versorgung geht der Bundesrat insgesamt davon aus, dass auf die Einmalzahlung verzichtet wird und die Übertragung des Tarifiergebnisses mit einer Verzögerung von mindestens 2 Monaten stattfindet, soweit das Landesrecht nicht etwas anderes bestimmt.

**Die DPoIG im Deutschen Beamtenbund,
die „wahren“ Freunde der Beamten!**